weiterhin ihre wirtschaftsleitenden Funktionen wahrnehmen.^{9**}

Arbeit des RLN und der Charakter staatlicher Empfehlungen zur Leitung der Landwirtschaft

Im Beschlußentwurf wird auf die Bedeutung hingewiesen, die die Aktivierung der Arbeit der Räte für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft (RLN) für die Verwirklichung der ökonomischen Strategie in der Landwirtschaft hat. Nach § 47 GöV ist der RLN ein ehrenamtliches kollektives Beratungsorgan beim Rat des Kreises. Ihm obliegt insbesondere die Beratung in Vorbereitung und Durchführung von Beschlüssen der Räte der Kreise zur ökonomischen, gesellschaftlichen und sozialen Entwicklung der Landwirtschaft im Territorium.

In diesem Zusammenhang sei auf die Problematik der Einordnung der staatlichen Empfehlung in das System der staatlich-rechtlichen Mittel zur Anleitung und Unterstützung der LPGs hingewiesen. Staatliche Empfehlungen vermitteln den LPGs wissenschaftlich begründete Orientierungen, wie die genossenschaftlichen Verhältnisse im einzelnen und entsprechend dem konkreten Entwicklungsstand rechtlich gestaltet werden sollen (§ 7 Abs. 3 LPG-G). Wir vertreten die Auffassung, daß staatliche Empfehlungen zur Anleitung und Unterstützung der LPG Rechtsnormcharakter haben oder zumindest haben können.¹⁹ Die Meinung, daß es eine empfehlende Rechtsnorm nicht geben könne, weil ihr die verbindliche Wirkung fehle, ist z. B. mit dem Hinweis darauf widerlegbar, daß die empfehlende Rechtsnorm für den Adressaten die Pflicht begründet, sie sachgemäß zu prüfen und die entsprechenden Entscheidungen herbeizuführen. Gleichzeitig enthalten empfehlende Rechtsnormen für die Adressaten die Ermächtigung, auf ihrer Grundlage die eigenen Rechtsverhältnisse zu gestalten. An die empfehlende Rechtsnorm ist auch ein argeitener Durchsetzungsmechanismus geknüpft, denn eine Weigerung des Adressaten, die Empfehlung sachgerecht zu prüfen, kann bestimmte Sanktionen zur Folge haben, etwa die Anwendung von Formen der persönlichen Verantwortlichkeit gegenüber denjenigen Leitern, die zu vertreten haben, daß die Empfehlung auf ihre Anwendung im Betrieb nicht geprüft wurde.

Durchsetzung der Rechtsvorschriften zur Entwicklung der individuellen Produktion in LPGs

Der Beschlußentwurf orientiert darauf, die individuelle Produktion von landwirtschaftlichen und gärtnerischen Erzeugnissen weiter auszubauen. Dabei wird darauf verwiesen, daß diese Form produktiver Freizeitgestaltung von Genossenschaftsbauern und Arbeitern sowie anderen Werktätigen als eine sinnvolle Ergänzung zur gesellschaftlichen Produktion anzusehen ist. Nur auf dieser konzeptionellen Grundlage können die persönlichen Hauswirtschaften (§ 34 LPG-G) ihre Funktion erfüllen, nämlich eine volkswirtschaftlich erforderliche zusätzliche Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu gewährleisten, Freizeitinteressen zu befriedigen und das Bild der Dörfer zu verschönern. Auf diese Weise wird auch deutlich, daß die persönliche Hauswirtschaft ihrem Wesen nach persönliches Eigentum der Genossenschaftsbauern ist.

Es erscheint erforderlich, stärkere Aufmerksamkeit auf die Verwirklichung der die persönlichen Hauswirtschaften betreffenden verbindlichen, dispositiven und empfehlenden Rechtsnormen zu lenken. Die persönliche Hauswirtschaft liegt gewissermaßen im Schnittpunkt persönlicher, gesellschaftlicher und genossenschaftlicher Interessen. Ihre Förderung ebenso zu gewährleisten, wie ihr Mißbrauch zur Erzielung ungerechtfertigter Vorteile zu verhindern ist. Eine der in diesem Zusammenhang bestehenden Fragen bezieht sich darauf, in welcher Weise die Verbindung zwischen genossenschaftlicher und persönlicher Wirtschaft rechtlich ausgestaltet sein muß.

Rechtlich ist zu sichern, daß der Anspruch auf Land bzw. Naturalien nur dann ohne Einschränkungen durchgesetzt werden kann, wenn die Genossenschaftsbauern ihre Pflicht zur Teilnahme an der genossenschaftlichen Arbeit erfüllen.

Nach Ziff. 47 LPG-MSt besteht für die LPGs die Möglichkeit, bei schuldhafter Verletzung der Arbeitspflicht die persönlichen Bodenflächen bzw. (bei genossenschaftlicher Bearbeitung dieser Flächen) die Naturalien zu reduzieren. In der Praxis ist nicht immer klar, inwieweit der einem Genossenschaftsbauern zugebilligte Umfang der Hauswirtschaft von der tatsächlichen Mitarbeit in der LPG abhängig gemacht werden kann. In manchen LPGs werden Mitgliedern, mit denen aus bestimmten Gründen eine Teilzeitarbeit vereinbart wurde (z. B. alleinstehende Mütter mit Kindern, ältere Mitglieder), die Ansprüche auf die Hauswirtschaft nicht in vollem Umfang gewährt. Eine solche Einschränkung ist aber nur bei schuldhafter Verletzung von Arbeitspflichten zulässig (Ziff. 47 Abs. I LPG-MSt).¹¹ Hier bedarf es der Herausbildung einheitlicher Positionen, nicht zuletzt auch, um das Prinzip der Gleichberechtigung der Genossenschaftsbauern durchzusetzen.

Diese und andere Fragen — etwa im Zusammenhang mit der Anwendung des § 18 LPG-G, der vorsieht, daß die LPG nicht bewirtschaftbare Kleinstflächen anderen Nutzern, also auch Genossenschaftsbauern, übergeben kann — bedürfen einer eindeutigen Handhabung. Dies ist auch erforderlich, um die Rechtssicherheit als ein grundlegendes Merkmal des Sozialismus für die Genossenschaftsbauern konsequent zu gewährleisten.

Rechtliches Zusammenwirken von LPG und Territorium zur Gestaltung des Dorfes

Im LPG-Gesetz und in den LPG-Musterstatuten sind das Recht und die Pflicht der LPG festgelegt, sich planmäßig und gemeinsam mit anderen Betrieben in den Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden an gemeinsamen Investitionen oder anderen Formen sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zu beteiligen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen auf dem Lande zu verbessern und die Dörfer schön und modern zu gestalten (§4 Abs. 3 LPG-G; §57 Abs. 3 LPG-MSt). Dieses Anliegen, das in § 70 GöV weiter konkretisiert wurde, wird im Beschlußentwurf besonders angesichts der Tatsache hervorgehoben, daß die Dörfer als Heimstätten der Bauern gleichzeitig eng mit der landwirtschaftlichen Produktion verbunden sind. Hieraus erwachsen vielfältige, miteinander verflochtene gesellschaftliche Beziehungen, die der rechtlichen Gestaltung bedürfen. Spezielle Aufgaben ergeben sich für die Rechtsarbeit zwischen LPG und Territorium im Wohnungsbau, Gesundheits- und Sozialwesen, Straßen- und Wasserleitungsbau, bei der Errichtung von Versorgungseinrichtungen, aber auch bei der Erschließung örtlicher Reserven für die landwirtschaftliche Produktion und bei der Herstellung enger Verbindungen zwischen den territorialen Produktionseinheiten der LPG und den einzelnen Gemeinden.

Es ist erforderlich, daß sich die Staats- und Rechtswissenschaft stärker als bisher mit dieser Problematik befaßt. Insbesondere für Wissenschaftler auf den Gebieten des LPG- bzw. Agrarrechts und des Verwaltungsrechts eröffnet sich hier ein gemeinsames Feld interdisziplinären Zusammenwirkens,

9 Vgl. R. Hähnert/W. Schneider/E. Siegert, a. a. O., S. 34; R.-M. Diestel, „Erfahrungen bei der Gestaltung der kooperativen Beziehungen in einer AIV“, ebenda, S. 100.

10 So auch R. Steding, „Staatliche Empfehlungen bei der Leitung der Landwirtschaft“, NJ 1986, Heft 10, S. 401 ff.

11 Vgl. E. Krauß/H.-J. Ludewig, „Rechtsfragen der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der Mitglieder der LPG“, Staat und Recht 1986, Heft 11, S. 871 ff.

Neuerscheinung im Staatsverlag der DDR

Dr. Siegfried Bergmann/Dr. Klaus Zieger:
Wohnungsantrag — Wohnungstausch

Schriftenreihe „Recht in unserer Zeit“, Heft 72
144 Seiten; EVP (DDR) : 2,25 M

Die Autoren erläutern Grundsätze und Rechtsfragen der Wohnraumlenkungsverordnung (WLVO) vom 16. Oktober 1985, u. a.: Wer kann einen Wohnungsantrag stellen? Nach welchen Maßstäben wird Wohnraum vergeben? Was sind Dringlichkeitskriterien und Belegungsnormative? Welche Rechte entstehen mit der Wohnraumzuweisung? Welche Verantwortung haben die Betriebe für die Versorgung ihrer Werktätigen mit Wohnraum? Wie wird man Mitglied einer AWG? Welche Rechte haben die örtlichen und gewerkschaftlichen Wohnungskommissionen? Unter welchen Voraussetzungen kann man Wohnungen tauschen? Wer zahlt beim Wohnungstausch die Umzugskosten?

Die Broschüre enthält im Anhang u. a. Muster für einen Wohnungsmietvertrag und eine Wohnraumzuweisung sowie Hinweise für die Inanspruchnahme des Wohnungstauschdienstes.